



Medienkonferenz zum Pilotprojekt «Betreuungsgutsprachen» vom Donnerstag, 28. März 2019

REFERAT VON FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG,
SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende, liebe Anwesende

Es freut mich, Sie zur heutigen Medienkonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie über ein Pilotprojekt informieren, mit dem die Stadt Bern in einem sehr aktuellen Thema einen neuen Weg einschlägt. Neben der Finanzierung der Altersvorsorge (AHV) sind Betreuung und Pflege die zentralen Themen in der Alterspolitik und zwar nicht nur in der Stadt Bern, sondern schweizweit.

Sie wissen: Die Bevölkerung wächst, die Menschen werden älter und die meisten bleiben auch länger gesund und wünschen sich, möglichst lange im vertrauten Umfeld zu leben. Mit Unterstützung von Angehörigen und der Spitex gelingt dies meist recht gut – oder zumindest eine gewisse Zeit lang gut. Nimmt der Betreuungs- und Unterstützungsbedarf zu, stehen Seniorinnen und Senioren in bescheidenen finanziellen Verhältnissen oft vor einem Problem. Zum Beispiel: Zur Erhöhung der Sicherheit ist das Installieren und Mieten eines Notrufknopfs nötig, ein Mahlzeitendienst würde eine gesunde Ernährung gewährleisten oder es ist eine kleine bauliche Anpassung für eine hindernisfreie Wohnung nötig. Doch EL-Beziehende können sich dies nicht leisten. Das darf nicht sein, zumal die Bedeutung von Unterstützungs- und Betreuungsmassnahmen im Alter oft unterschätzt wird. Unser Finanzierungssystem ist jedoch nicht auf Betreuung, sondern auf die medizinische Pflege ausgelegt.

In einem parlamentarischen Vorstoss sowie von Seiten des Seniorenrats ist der Gemeinderat 2016 aufgefordert worden, dafür zu sorgen, dass insbesondere auch für

Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, verschiedene Wohnformen offenstehen. Der Gemeinderat hat dieses Ziel in seinen Legislaturzielen 2017 bis 2020 aufgenommen.

Hier setzen wir mit unserem Projekt an. Zum einen müssen wir sicherstellen, dass es genügend hindernisfreien, bezahlbaren Wohnraum gibt. Zum andern müssen wir das Problem lösen, dass Wohnen mit Dienstleistungen heute für EL-Beziehende nicht finanzierbar ist. Unabhängig davon, ob ältere Menschen in einer Institution oder zuhause leben, ist es mir als Gemeinderätin wichtig, dass die betroffenen Personen eine bedürfnisgerechte Betreuung erhalten und diese organisieren und finanzieren können. Lücken in der Finanzierung bei der Betreuung sollen nicht zu vorzeitigen Heimeintritten führen. Deshalb werden wir, sofern ein Bedarf vorliegt und wenig Einkommen und Vermögen vorhanden ist, die Finanzierung übernehmen. Die Grundidee zu diesen Betreuungsgutsprachen für die Unterstützung im Alter ist in der Stadt Luzern entwickelt worden. Meine Mitarbeiterinnen haben sich letztes Jahr vor Ort informiert und diese Idee für ein Pilotprojekt in der Stadt Bern weiterentwickelt.

Mit diesem Pilotprojekt möchten wir herausfinden, ob dieser Ansatz erfolgversprechend ist. Wenn ja, haben wir eine Win-Win-Situation:

- Die betroffene Person kann länger selbstbestimmt in ihrer Wohnung bleiben.
- Wir sorgen dafür, dass ältere Menschen Leistungen gemäss ihrem Bedarf erhalten und es zu keiner Überversorgung durch einen frühzeitigen Heimeintritt kommt.

Wie erwähnt, ist das Projekt politisch aktuell und brisant. 2018 hat die Paul Schiller Stiftung eine Bestandsaufnahme zur Betreuungssituation in der Schweiz publiziert. Die Studie hat aufgezeigt, welche bescheidene Bedeutung Betreuung und Betreuungsleistungen in der schweizerischen Gesundheitspolitik haben. Gleichzeitig wird dargelegt, welchen Stellenwert die Betreuung angesichts der gesellschaftlichen und demographischen Entwicklung haben müsste. Selbstredend wird die Betreuung bei zunehmender Fragilität immer wichtiger. Der Bericht hat auch klar auf die sich öffnende Finanzierungslücke hingewiesen.

Die Stadt Bern will mit diesem Pilotprojekt einen Beitrag zur Lösung eines sozialpolitischen Problems leisten. Unsere Erwartung ist, dass auch auf Ebene Bund und Kanton nach Lösungen gesucht wird, damit die Finanzierung der nötigen Betreuungsleistungen für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen erschwinglich wird. Dafür

gibt es ermutigende Signale. Der Kanton Bern unterstützt unser Projekt, was mich freut und die Bedeutung des Themas unterstreicht.

Ich bedanke mich herzlich bei der Pro Senectute Kanton Bern: Sie haben das Bedarfsabklärungsinstrument entwickelt und werden in unserem Auftrag die Abklärungen vornehmen. Die Berner Fachhochschule wird das Projekt in unserem Auftrag wissenschaftlich begleiten und hat auch bereits in der Entwicklung ihre Expertise zur Verfügung gestellt. Auch bedanke ich mich bei zahlreichen weiteren Organisationen, wie Spitex Bern, Domicil und senesuisse, die uns bei der Entwicklung ihr Fachwissen zur Verfügung gestellt haben und uns nun auch in der Umsetzung unterstützen.

Ich komme zum Schluss: Die Abgrenzung zwischen Pflege und Betreuung ist schwierig. Die Übergänge sind fließend und sehr individuell. Viele Menschen brauchen vielleicht kaum je Pflege, alle Menschen brauchen irgendwann in ihrem Leben aber Betreuung. Ob man diese Betreuung heute in der Schweiz in einem fragilen Alter bekommt, ist einerseits eine Frage der sozialen Kontakte, die man über die Jahre gepflegt hat, eine Frage von funktionierenden Familien und Nachbarschaften. Sie ist aber auch eine Frage des Portemonnaies. Und das darf nicht sein. Auch Betreuung muss bezahlt werden und bezahlbar sein. Dafür setze ich mich als Politikerin ein.

Nun leite ich gerne zu Marcel Schenk von der Pro Senectute über. Ich freue mich, dass er heute da ist und uns etwas zu den Beweggründen der Mitarbeit und der Rolle der Pro Senectute sagt. Wie dieses Pilotprojekt im Einzelnen konzipiert ist, stellt Ihnen im Anschluss an Herrn Schenk, meine Mitarbeiterin, Frau Nicole Stutzmann, die Leiterin des Kompetenzzentrum Alter des städtischen Alters- und Versicherungsamt, vor.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.